

Nr. 101
Juni 2007

Argumente
zu Marktwirtschaft und Politik

Deutschland – eine lohnende Investition?

**Bessere Bedingungen
für Start-ups, Reits und etablierte Unternehmen**

Carl Dominik Klepper

Stiftung Marktwirtschaft

ISSN: 1612 – 7072

Vorstand:

Prof. Dr. Michael Eilfort

Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen

Charlottenstraße 60

D-10117 Berlin

Telefon: +49 (0)30 206057-0

Telefax: +49 (0)30 206057-57

E-Mail: info@stiftung-marktwirtschaft.de

Internet: www.stiftung-marktwirtschaft.de

Vorwort

Zuerst einmal: Deutschland ist grundsätzlich immer eine lohnende Investition. Die Leistungsbereitschaft und das hohe Qualifikationsniveau vieler, vieler Menschen, die Leistungen von Unternehmern und der soziale Frieden stellen exzellente Rahmenbedingungen dar. Die Lohnzurückhaltung mehrerer Jahre hat zum Aufschwung beigetragen.

Dauerhaften Erfolg garantiert all das keineswegs. Vor allem dann nicht, wenn es von erdrückender Bürokratielast, mangelnder Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt sowie investitionsfeindlichen, weil unsicheren steuerlichen und anderen Umständen begleitet wird. Viele bekannte strukturelle Probleme sind weiterhin ungelöst und werden bei der nächsten konjunkturellen Abkühlung in aller Schärfe wachstumshemmend zu Tage treten. Dann wird es wieder müßig sein, bei Investoren an vaterländische Gefühle zu appellieren. Investitionen müs-

sen sich lohnen. Zwar sind derzeit verstärkt Ausrüstungsinvestitionen in Deutschland zu beobachten, doch ein nachhaltiger Aufschwung müsste bei weitem massiver auftreten. Unternehmen investieren heute vermehrt im Ausland und vermindert in Deutschland. Zur Umkehr dieses Trends müssten – wie die Bundesbank im September 2006 schrieb – „Fortschritte bei der Anpassung der Rahmenbedingungen für Investitionen“ erzielt werden.

Die kommenden Monate sollte die Große Koalition für die seit langem notwendigen Strukturreformen nutzen. Mehr private Investitionen schaffen schließlich eine höhere Arbeitsproduktivität und sind damit Voraussetzung für steigende Reallohne und einen auskömmlichen Lebensstandard in einer alternativen Gesellschaft.

Der informedia-Stiftung danken wir für die Förderung der Publikation.

Inhalt

- 1 Einführung: Die Nettoinvestitionen sind zu schwach
 - 2 Analyse: Geringere Investitionen aus dem Ausland, erhöhte Investitionen in das Ausland
 - 3 Wagniskapital und Aufmerksamkeit für junge Firmen
 - Investitionsfreundliche Besteuerung
 - Mehr institutionelle Anleger durch kapitalgedeckte Sozialsysteme
 - Exit-Kanäle für Investoren
 - Ein flexibler Arbeitsmarkt ist entscheidend
 - Jugendschutz für Start-ups
 - Eine innovationsfreudige Öffentliche Hand
 - 4 Immobilieninvestitionen durch Reits (Real Estate Investment Trusts)
 - 5 Steuerliche Rahmenbedingungen: Einfach und transparent
 - Bessere Abschreibungsbedingungen
 - Erhalt von Verlustvorträgen
 - Gleichbehandlung von Personen- und Kapitalgesellschaften
 - Beachtung des Nettoprinzip in der Zinsschranken-Regelung
 - Weiterentwicklung der Gewerbesteuer
 - 6 Bildung, Qualifizierung, Arbeitseinsatz
 - Mehr Arbeitseinsatz
 - Qualifizierung und Fortbildung fördern
 - Abschlussquoten anheben, Bildungsdienstleistungsmärkte etablieren
 - 7 Fazit: Deutschland – Ein Leistungssportler im Standortwettbewerb
- Executive Summary

Berlin, 22. Juni 2007

Prof. Dr. Michael Eilfort, Vorstand

Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen, Vorstand

Deutschland – eine lohnende Investition?

1 Einführung: Die Nettoinvestitionen sind zu schwach

Deutschland befindet sich in einem Aufschwung, der bis auf den Arbeitsmarkt durchschlägt. Das Wachstum des Bruttoinlandsproduktes betrug 2006 mit 2,7 % so viel wie seit fünf Jahren nicht mehr. Die Prognosen für das Jahr 2007 pendeln um den gleichen Wert. Motor dieses Wachstums ist in erster Linie die Weltwirtschaft, wenngleich sich ein Anziehen auch der Binnenkonjunktur andeutet.

Der Aufschwung der deutschen Wirtschaft ist allerdings kein Selbstläufer. Er gewinnt durch die erfolgreichen Reformen in den Unternehmen an Tragkraft, die nach teilweise schmerzhaften Restrukturierungs- und Konsolidierungsmaßnahmen in den Jahren nach 2001 nun wieder Gewinne ermöglichen. Investitionsgüter aus Deutschland sind international mehr und mehr gefragt. Die vorausliegenden Jahrzehnte könnten von dauerhaften und stabilen Wohlstandszuwächsen geprägt sein, wenn die konjunkturelle Belebung zu einem strukturellen Wachstumspfad ausgebaut wird. Dazu bedarf es der grundlegenden Verbesserung der wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen. Nach dem Vorbild der Unternehmen sollte nun auch die Politik Reformen beherzt in die Tat umsetzen.

Ein guter Indikator für das Vertrauen der Unternehmen in ihren Standort und die wirtschaftliche Gesamtsituation ist die Investitionstätigkeit. Der Umfang der Investitionen ist nicht nur für die kurzfristige konjunkturelle Entwicklung mitverantwortlich, er bestimmt auch das langfristige Wachstumspotenzial einer Volkswirtschaft. Deutschland liegt auf diesem Feld zurück. So stiegen zwar die Bruttoanlageinvestitionen im Jahr 2006 um 6,57 %. Im Vergleich zu vergangenen Aufschwungsphasen, beispielsweise im Zeitraum von 1996 bis 1999, ist dieses Wachstum jedoch mager.

Noch aufschlussreicher ist der Blick auf die Nettoinvestitionen, d.h. die Ausgaben für Ausrüstung, Bau und Sonstiges, z.B. Software, abzüglich der Abnutzungen des Kapitalstocks, d.h. der Abschreibungen: In Relation zum Bruttoinlandsprodukt errechnet sich eine Nettoinvestitionsquote von 3,3 %. Der nominale Kapazitätsaufbau der deutschen Volkswirtschaft liegt

nur gering über der Inflationsrate. Die Volkswirtschaft erhält kaum mehr als ihr derzeitiges Ausrüstungsvolumen. In der zweiten Hälfte der 1990er Jahre lag die Nettoinvestitionsquote noch bei jährlich über 7 %.

Faktisch wird in Deutschland zu wenig investiert. Das Vertrauen inländischer wie ausländischer Investoren ist trotz der breiten konjunkturellen Belebung schwach ausgeprägt. Gewinne werden anstelle von Investitionen in Form von Dividenden ausgeschüttet oder für Aktienrückkäufe verwendet. Eine hohe Sparquote der privaten Verbraucher – sie lag im Jahr 2006 bei 10,5 % – führt dem Kapitalmarkt zwar neue Mittel zu, diese fließen jedoch bevorzugt ins Ausland. Umfangreiche liquide Finanzmittel suchen derzeit auf den Weltmärkten nach Anlagemöglichkeiten, aber nur ein kleiner Teil wird wieder in Deutschland investiert.

Die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Landes verschlechtert sich zwar nur langsam, dennoch gibt es Anzeichen, dass Deutschland seinen Vorsprung bei der technologischen Leistungsfähigkeit zunehmend verliert bzw. teilweise schon verloren hat. So ist seit den 1980er Jahren ein Rückgang der Ausgaben für Forschung und Entwicklung von knapp 2,9 % des Bruttoinlandsproduktes auf 2,5 % zu verzeichnen. Gleichzeitig verkleinerte sich der deutsche Anteil von forschungsintensiven Gütern am Welthandel von 16 auf 14,8 %. Andere Länder haben in dieser Zeit ihre Position ausgebaut. Verstärkte Anstrengungen bei der Bildung und bei den Bedingungen für Forschung und Innovation sollten daher weit oben auf der Agenda stehen.

Gerade jetzt muss die Bundesregierung die Gunst der Stunde nutzen, um die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen grundlegend zu verbessern. Dazu gehört auch die Überprüfung bereits beschlossener Maßnahmen wie etwa der Verschlechterung der Abschreibungsbedingungen sowie weiterer kontraproduktiver Finanzierungsmaßnahmen im Zuge der Steuerreform 2008. Die Investitionsbedingungen müssen sich nicht nur im steuerlichen Bereich, sondern auch bei bürokratischen Regelungen, im Bildungssektor, bei den Bedingungen für Unternehmensneugründungen und bei neuen Anlagemöglichkeiten, z.B. Investitionsvehikeln für Immobilien (Reits), verbessern.

In den nachfolgenden Kapiteln werden die Schwächen der Investitionsbedingungen in Deutschland aufgedeckt und Verbesserungsmöglichkeiten dargelegt. Es gilt, die wirtschaftliche Belebung auszubauen und eine neue Grundlage für Innovationen in Spitzentechnologien in allen Bereichen zu schaffen. Als Impulsgeber auf vielen Märkten kann Deutschland auch zukünftig Wohlstandszuwächse erwirtschaften. Die Voraussetzung sind attraktive Rahmenbedingungen für Investitionsleistungen aus dem In- und Ausland.

Abbildung 1 Entwicklung der Bruttoanlageinvestitionen (preisbereinigt in Mrd. Euro)



Quelle: Statistisches Bundesamt

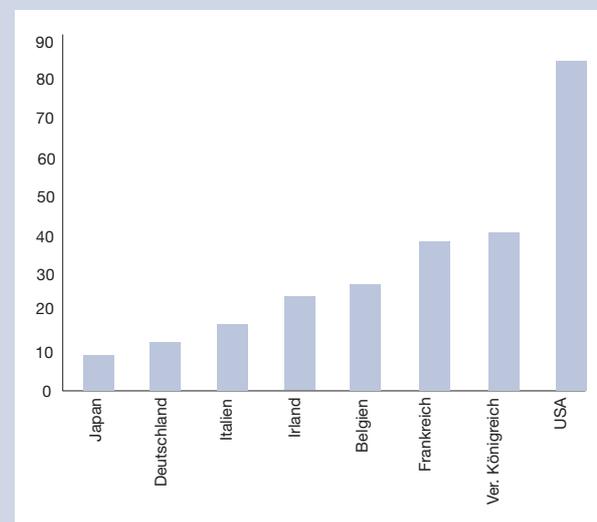
2 Analyse: Geringere Investitionen aus dem Ausland, erhöhte Investitionen in das Ausland

Eine Investition bedeutet die Verwendung von Ressourcen zur Einkommenserzielung in der Zukunft. Investitionen schließen die Lücke zwischen dem tatsächlich vorhandenen und dem optimalen Kapitalstock. Sie sind damit von entscheidender Bedeutung für wirtschaftliches Wachstum. Einerseits schaffen sie Arbeitsplätze und erhöhen das Produktionspotential einer Volkswirtschaft. Andererseits sind sie die Grundvoraussetzung für Innovation und bieten die Möglichkeit, den Strukturwandel effizient zu vollziehen.

In Deutschland ist ein langfristiger Trend zu geringerer Investitionstätigkeit feststellbar. Ausländer investieren weniger als gewünscht, Deutsche hingegen investieren zunehmend im Ausland. Seit 2005 ist eine leichte Zunahme der Bruttoanlageinvestitionen zu beobachten (Vgl. Abb. 1). Dennoch ist das Niveau Mitte 2007 noch weit entfernt von den Zahlen in den 1990er Jahren. Zu befürchten ist daher ein schnelles Abfallen der Investitionsquote bei einem Abklingen der konjunkturellen Belebung. Betrachtet man die ausländischen Direktinvestitionen, ergibt sich ein ähnliches Bild: Nach einem Zwischenhoch in den Jahren 1999 bis 2002, einer Periode mit hohen Kapitalflüssen, fielen diese wieder auf das niedrige Niveau der 1990er Jahre zurück.

Im Vergleich zu anderen Standorten lag Deutschland in Relation zur Größe des Wirtschaftsraumes im vergangenen Jahr laut UNCTAD („World Investment Report 2006“) auf dem 123. Platz weltweit. Ein internationaler Vergleich der durchschnittlichen absoluten ausländischen Direktinvestitionen im Zeitraum 2002 bis 2004 zeigt die geringere Attraktivität des Standorts Deutschland – selbst deutlich kleineren Volkswirtschaften ist mehr Kapital zugeflossen (Vgl. Abb. 2).

Abbildung 2 Ausländische Direktinvestitionen im internationalen Vergleich in Mrd. Dollar (Durchschnitt 2002–2004)



Quelle: OECD

In den letzten Quartalen 2006 und zu Beginn 2007 haben die Bruttoanlageinvestitionen zwar zugelegt, es muss jedoch gefragt werden, inwieweit die positive Entwicklung tatsächlich auf strukturell bessere Rahmenbedingungen für Investitionstätigkeit zurückzuführen ist. Dagegen spricht, dass die Investitionen deutscher Unternehmer im Ausland in den Jahren 2005 und 2006 ebenfalls stark angestiegen sind. Die Direktinvestitionen deutscher Unternehmen im Ausland betragen 2002 bis 2004 durchschnittlich noch 9 Mrd. Euro, sie stiegen 2005 auf 37 Mrd. Euro und 2006 sogar auf etwa 50 Mrd. Euro. Dies deutet darauf hin, dass sich die relative Position im Vergleich zum Ausland hinsichtlich der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen nicht verbessert hat. Die anziehenden inländischen Investitionen sind daher vor allem auf die Konjunkturlage und weniger auf ein strukturell besseres Investitionsklima zurückzuführen. Dieses Bild wird durch die derzeit nur mäßigen ausländischen Direktinvestitionen in Deutschland verstärkt (vgl. Abb. 3).

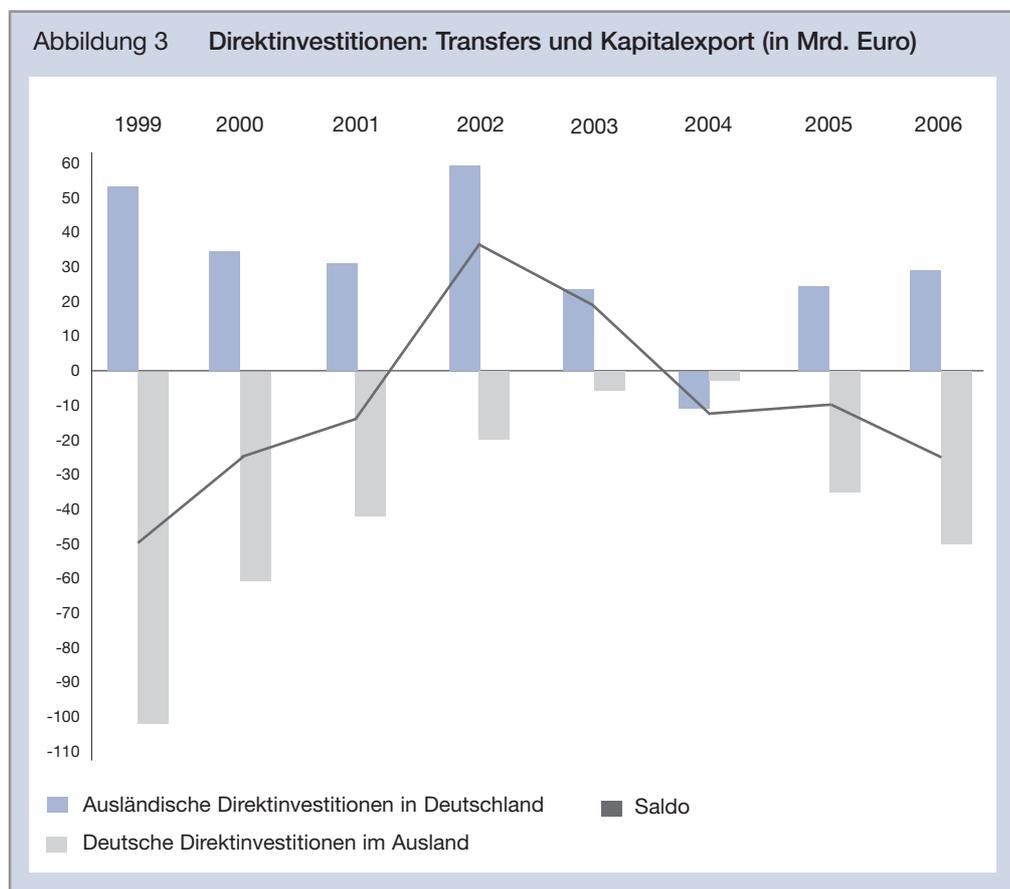
Internationale Vergleiche der Attraktivität von Investitionsstandorten bestätigen den Eindruck. So führt der „Index of Economic Freedom“ (Heritage Foundation)

Deutschland an nur 16. Stelle aller OECD-Länder. Der „Doing-Business Report“ (Weltbank) ordnet Deutschland auf den 15. Platz von 23 bewerteten OECD-Ländern ein. In der Gesamtbewertung in den Jahren 2005 und 2006 hat sich keine Veränderung ergeben. So bewegte sich Deutschland im „Index of Economic Freedom“ – abgesehen von einem Sprung aufgrund methodischer Veränderungen – seit dem Jahr 2001 praktisch nicht. Der „Doing-Business Report“ führt den Standort Deutschland ebenfalls seit einigen Jahren an gleicher Stelle. Dies spricht dafür, dass das im Moment zu verzeichnende Anziehen der Investitionen trotz zurückhaltender Lohnentwicklung nur konjunktureller Natur ist. Es ist zu befürchten, dass die Investitionen langfristig bei abgekühlter Konjunktur wieder auf das niedrige Niveau der Jahre 2002 bis 2004 zurückkehren, wenn sich die strukturellen Bedingungen nicht verbessern.

Doch wo ist anzusetzen? Vor allem in den Bereichen Arbeitsmarkt, Lohnnebenkosten und Steuersystem. Eine Betrachtung verschiedener Länderanalysen zeigt, dass sich gerade in diesen Kategorien in den vergangenen Jahren wenig getan hat. In der erwähnten Analyse der Weltbank rangiert Deutschland in der Kategorie

„Employing Workers“ auf dem 129. Platz von 175 Ländern weltweit. Besonders negativ schlagen dabei Entlassungskosten zu Buche, die mit durchschnittlich 69 Wochenlöhnen weit über dem Doppelten des OECD-Schnitts liegen. Hinzu kommen starre Arbeitszeiten und bürokratische Hürden bei Einstellungen und Entlassungen.

Auch die Heritage Foundation hebt vor allem die Arbeitsmarktregulierung als schädlich hervor. So liegt Deutschland in der Kategorie „Labour Freedom“ deutlich unter dem weltweiten Durchschnitt. In einer



Quelle: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, eigene Berechnungen

Befragung amerikanischer Investoren in Deutschland wurde die Deregulierung des Arbeitsmarktes als die zentrale politische Stellschraube für ein besseres Investitionsklima genannt. Das überaus komplizierte deutsche Steuersystem wurde ebenfalls angeführt. Bei Unternehmensgründungen werden insbesondere die komplexen Vorschriften und die Dauer des Gründungsvorgangs kritisiert.

In diesen Zusammenhang lohnt ein Blick auf die Lohnkosten in Deutschland. Trotz der positiven Lohnzurückhaltung liegt Deutschland bei den Arbeitskosten nach wie vor weltweit an der Spitze. So sind die Personalausatzkosten je Stunde in der westdeutschen Industrie im Jahr 2005 laut einer Studie des Instituts der Deutschen Wirtschaft, Köln, weltweit die höchsten. Westdeutschland lag auch bei den gesamten Arbeitskosten trotz vergleichsweise moderater Lohnentwicklung weltweit auf Platz 3. Die Effekte der Lohnzurückhaltung der vergangenen Jahre werden konterkariert durch die hohen Lohnnebenkosten, die der Finanzierung teurer Sozialversicherungssysteme dienen. Aufgrund steigender Belastungen im Zuge des demografischen Wandels ist zukünftig mit einer weiteren Verschlechterung der Situation zu rechnen. In diesem Zusammenhang ist zu beklagen, dass die Erträge aus der Mehrwertsteuererhöhung nur teilweise und nicht wie angekündigt vollständig zur Reduzierung dieser Standortchwäche verwendet werden.

3 Wagniskapital und Aufmerksamkeit für junge Firmen

Junge und innovative Unternehmen in Deutschland stehen meist vor der Herausforderung einer ausreichenden Kapitalversorgung in den ersten Jahren der Produktentwicklung und des Markteintritts. Die Zeit bis zum Break-even, d.h. des Sprungs über die Gewinnschwelle, kann lang werden, ganz abgesehen von der Gefahr eines vollständigen Misserfolges. Die Kapitalausstattung von innovativen Unternehmensneugründungen findet häufig auf dem Weg der Eigenkapitalbeteiligung statt, der dafür gängige Begriff ist „Venture Capital“ oder „Wagniskapital“. Für wissensintensive und innovative Gründungen kommt beinahe ausschließlich eine Eigenkapitalfinanzierung über Wagniskapital in Frage. Sie ist in der Lage, die Finanzierungslücke zu schließen, die sich durch das Risikokalkül der Geschäftsbanken ergibt. Je höher das Risiko, aber

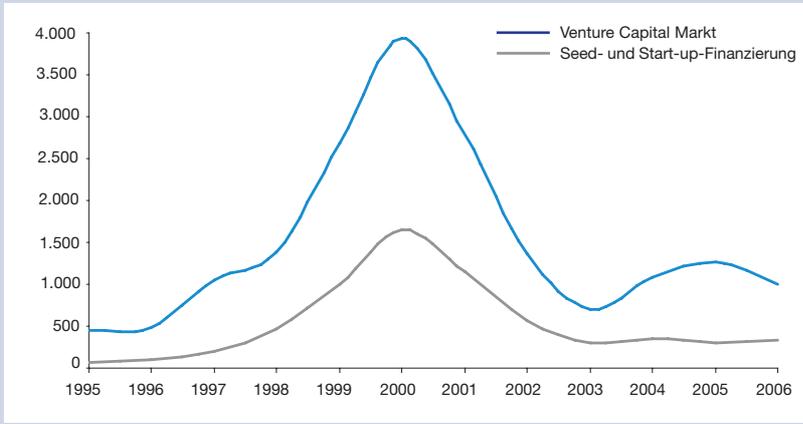
auch die potentiellen Wachstumschancen, desto überlegener ist die Eigenkapital- gegenüber der Fremdkapitalfinanzierung.

Venture Capital ist in Deutschland noch unterentwickelt. Im Vergleich zu den USA und Großbritannien liegt die Entwicklung um bis zu 30 Jahre zurück. Einerseits ist dies in der Wirtschaft und ihren Managern begründet, die den Umgang mit Wagniskapital erst noch umfassend lernen müssen. Andererseits ist jedoch der Gesetzgeber gefordert, günstige Rahmenbedingungen für Wagniskapital bzw. Kapital von Privatinvestoren zu schaffen und gleichzeitig Start-ups generell verstärkte Aufmerksamkeit zu widmen. Ihr Potential für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes in den kommenden Jahrzehnten ist in der Politik noch nicht erkannt worden. Langfristig sind die Wachstumsraten junger und dynamischer Gründungen bei Wertentwicklung, Umsatz und Beschäftigung jenen der etablierten Unternehmen deutlich überlegen. Außerdem sind gerade Gründungen geeignet, die Anpassung einer Wirtschaft an den weltweiten Strukturwandel zu gewährleisten.

Die finanziellen Rahmenbedingungen für Start-ups im Vergleich zum Ausland, etwa zu Großbritannien und den USA, sind verbesserungswürdig. Technologieorientierte Unternehmen erhalten hierzulande im Durchschnitt nur 0,98 % ihrer finanziellen Erstausrüstung von Wagniskapitalgebern. In Großbritannien beträgt der Anteil 6,26 % (Zeitraum 2001 bis 2003, University of Exeter). Die traditionelle Bankendominanz erzeugt hierzulande bisher eine Tendenz zur Fremdkapitalfinanzierung, die für Start-ups mangels vorzeigbarer Sicherheiten Schwierigkeiten aufwirft. Hinzu kommt die Langfristigkeit des Kapitalbedarfs von Gründungen in der Frühphase. Fremdkapital ist hier ungeeignet, da es mit Zins- und Tilgungszahlungen verbunden ist, die einer Gründung langfristig die Luft nehmen können. Die Erwartungen von Eigenkapitalinvestoren sind hingegen viel stärker an wirtschaftliche Erfolge am Markt geknüpft. An Fremdkapital mangelt es für kleine Unternehmen und Neugründungen ohnehin. In einer Befragung der Kreditanstalt für Wiederaufbau berichten 46 % der kleinen Unternehmen, dass sich die Lage am Kreditmarkt 2006 deutlich verschlechtert hat. 35 % der kleinen Unternehmen berichten von einem abgelehnten Kreditwunsch.

Das Angebot an Venture Capital in Deutschland hat sich bis heute nicht von seiner Krise im Zuge des Zusammenbruchs des Neuen Marktes erholt. Im Jahr 2002 stabilisierte sich der Gesamtmarkt auf niedrigem

Abbildung 4 Markt für Wagniskapital privater
Beteiligungsunternehmen in Mio. Euro, anteilig
Seed- und Start-Up-(Early-Stage-)Finanzierungen



Quelle: Bundesverband deutscher Kapitalbeteiligungsgesellschaften, eigene Berechnungen

Niveau. Problematisch für die deutsche Gründungslandschaft ist vor allem das Absacken der sogenannten Early-stage-Finanzierung. Der Bereich Early-stage umfasst die sogenannte Seed-Finanzierung, die sich auf die Forschungs- und Entwicklungsphase bezieht und innerhalb derer ein Produkt oder eine Dienstleistung zur Marktreife geführt werden. Daran schließt sich die Start-up-Finanzierung an, welche die Phase vor dem eigentlichen Markteintritt eines Unternehmens bezeichnet. Der Early-stage Markt ist von entscheidender Bedeutung für das Innovationspotential und die technologisch dynamische Entwicklung Deutschlands. Er verharrt seit vier Jahren auf niedrigem Niveau, sein Anteil am gesamtwirtschaftlichen Investitionsvolumen ist mit dem Bruchteil eines Promilles verschwindend gering.

In aller Regel liegt das Augenmerk bei Venture Capital nicht nur auf der Kapitalbereitstellung, sondern zusätzlich auf dem Transfer von unternehmerischem Know-how und einer Art Ratgeber- und Kontrollfunktion der Investoren. Im Gegenzug erhalten die Kapitalgeber üblicherweise umfangreiche Kontroll- und Mitspracherechte. Diese werden in der Reifephase des Unternehmens dann sukzessive abgebaut. Den jungen Firmen verschafft dies über die Finanzierung hinaus einen erheblichen Reputationsgewinn bei potentiellen Partnern, weiteren Investoren und Kunden – ein Effekt, den staatliche Risikokapitalprogramme nicht leisten können.

Benachbart zum Venture Capital-Markt befindet sich der Markt für Kapital von „Business Angels“, d.h. von investitionswilligen Privatpersonen. Dieser ist informell

und in Deutschland noch jung. Es gibt kaum empirische Daten über Marktvolumen und Entwicklungen. Eine Schätzung des Business Angel Netzwerks Deutschland (BAND) für 2005 geht von 1.000 in Netzwerken engagierten Business Angels mit einem jeweiligen Investitionsvolumen von 100.000 Euro durchschnittlich pro Investition im Jahr aus. Dies entspräche einem Gesamtvolumen von 100 Mio. Euro. Jedoch ist anzunehmen, dass der Gesamtmarkt wegen seiner informellen Natur in privaten Netzwerken deutlich größer ist. Dennoch zeigt der Vergleich mit den USA, deren Markt von der Bundesbank auf 3 Mio. Business Angels und einer Kapitalisierung von 60 Mrd. \$ geschätzt wird, wie

weit die Bundesrepublik in diesem Bereich zurückliegt. Der Markt für Business-Angel-Kapital unterliegt wie der Wagniskapital-Markt vor allem der Widrigkeit eines gründungsunfreundlichen Klimas. Dem sollte mit Hilfe eines gezielten gesetzgeberischen Maßnahmenbündels sowie einer deutlich positiveren Grundhaltung für Unternehmertum und Eigenkapitalbeteiligung in Politik und Gesellschaft begegnet werden.

Investitionsfreundliche Besteuerung

Wie für jede andere Branche auch ist der steuerliche Rahmen von zentraler Bedeutung für die Investitionsbereitschaft. Das unübersichtliche deutsche Steuersystem stellt ein bedeutendes Hemmnis für Investoren dar und ist hinsichtlich einer Vereinfachung reformbedürftiger denn je.

Die sogenannte Wesentlichkeitsgrenze legt in § 17 EStG fest, dass die Wertzuwächse bei Veräußerung von Eigenkapitalbeteiligungen dann steuerpflichtig werden, wenn die Beteiligung über 1 % des gesamten Gesellschaftskapitals liegt. Beträgt der Anteil weniger als 1 %, wie es beispielsweise bei Aktien häufig der Fall ist, und wird dieser über eine Spekulationsfrist von einem Jahr (§ 23 Abs. 2) hinaus gehalten, so sind die Erträge steuerbefreit. Die Wesentlichkeitsgrenze war 1999 von 25 % auf 10 %, von 2002 an auf 1 % gesenkt worden. Nun sind die meisten Eigenkapitalbeteiligungen, die in aller Regel zwischen 1 % und 10 % liegen, bei erfolgreicher Veräußerung steuerpflichtig. Sowohl in Frankreich als auch in Großbritannien sind die Erträge aus dem Verkauf privater Beteiligungen steuerbefreit. Dies führte SPD und

CDU dazu, im Koalitionsvertrag 2005 im Kapitel 1.6 „Mobilisierung von Wagniskapital für Innovation“ festzustellen, dass sich „die Absenkung der Wesentlichkeitsgrenze bei Beteiligungen auf 1 % [...] nachteilig“ auswirkt. Konkrete Gegenmaßnahmen ist die Bundesregierung allerdings schuldig geblieben.

Im Rahmen der für 2008 geplanten Unternehmensteuerreform zeichnet sich ein weiteres problematisches Steuerspezifikum ab. Die sogenannte Mantelkaufregelung. Es soll verhindert werden, dass Firmen mit hohen Verlustvorträgen allein zu Steuersparzwecken gekauft werden. Um diesem Handel entgegenzutreten, sollen in Zukunft die Verlustvorträge bei einem Eigentümerwechsel von mehr als 25 % der Anteile sukzessive abgeschmolzen werden und bei 50 % vollständig wegfallen. Das Problem für Wagniskapitalgeber wurde jedoch ausgeblendet. Denn wenn diese ihr Engagement erfolgreich abschließen, d.h. ein gewachsenes und stabiles Unternehmen mit guten Perspektiven beispielsweise über die Börse verkaufen, verfügen diese oftmals noch über Verlustvorträge aus der Start-up-Phase. Darüber hinaus finden vor dem eigentlichen Verkauf häufig Änderungen in der Eigentümerstruktur bei jungen, mit Wagniskapital ausgestatteten Unternehmen statt, etwa im Rahmen von Kapitalerhöhungen. Fallen die Verlustvorträge im Rahmen des Eigentümerwechsels weg, sinkt der erzielbare Preis, so dass damit der Markt für Wagniskapital weiter an Attraktivität verliert.

Mehr institutionelle Anleger durch kapitalgedeckte Sozialsysteme

Für den Wagniskapital-Markt haben Pensionsfonds als Investoren eine große Bedeutung. So verfolgen sie oftmals langfristige Strategien. Dies prädestiniert sie für Investitionen in junge, entstehende Unternehmen, deren Erfolg sich möglicherweise erst nach Jahren einstellt, die dann jedoch häufig eine hervorragende Entwicklung nehmen. Weiterhin haben Pensionsfonds oftmals riesige Volumina von vielen hundert Mrd. Euro. In ihrer Anlagestrategie ist folglich stets auch Raum für einige riskante Investitionen mit hohen Ertragschancen. So stellen Pensionsfonds in den USA, dem größten Venture-Capital-Markt der Welt, 40-50 % des Kapitals. In Deutschland hingegen sind Pensionsfonds aufgrund der umlagefinanzierten Rentensysteme stark unterentwickelt, lediglich die private und Teile der betrieblichen Altersvorsorge laufen mit funktionierendem Kapitaldeckungsverfahren. Erst in jüngerer Zeit befindet sich diese langfristige Anlageform mit

wachsenden Volumina aufgrund der zunehmenden Bedeutung privater Altersvorsorge auf dem Vormarsch. In der Diskussion um nachhaltige Sozialversicherungssysteme ist daher auch die enorme Bedeutung von frischen Anlagemitteln für Investitionen dringend zu berücksichtigen.

Exit-Kanäle für Investoren

Die Existenz von Exit-Kanälen für den Rückzug aus einer Investition nach einer gewissen Zeit ist für die meisten Investoren von großer Bedeutung. In der Vergangenheit spielte zwar der Kapitalmarkt, speziell der Börsengang, für deutsche Investoren traditionell eine weniger zentrale Rolle als im angelsächsischen Raum. Gleichwohl stellten die enormen Schwierigkeiten, ein Engagement mit einem Börsengang abzuschließen, insbesondere nach dem Zusammenbruch des Neuen Marktes ein deutliches Investitionshemmnis dar. Eine neuerdings etwas positivere Entwicklung für die Möglichkeit eines Divestments durch Börsengänge ist vor allem der Einführung des Entry Standards der Deutschen Börse zu verdanken, der durch seine spezifischen Regelungen den schnellen und kostengünstigen Börsengang kleiner und mittlerer Unternehmen möglich macht.

Ein flexibler Arbeitsmarkt ist entscheidend

Besonders charakteristisch für die mit Wagniskapital finanzierten Unternehmen ist ihre Dynamik und Geschwindigkeit, aber auch ihre Volatilität. Oftmals gelingt der Durchbruch erst nach langer Anlaufphase, dann aber umso schneller. Gleichzeitig unterliegt der gesamte Markt starken Schwankungen, es herrscht ein permanenter Anpassungsdruck. Der notwendigen Flexibilität steht ein rigider deutscher Arbeitsmarkt gegenüber. Strenge Kündigungsschutzregelungen sowie starre Lohnstrukturen stehen insbesondere der dynamischen Entwicklung wachsender Start-ups im Wege. Zwar ist für Existenzgründer eine Befristung von Arbeitsverträgen um bis zu vier Jahren möglich. Dies sollte jedoch auch für ältere High-Tech-Unternehmen gelten. Die eventuelle Einführung eines Mindestlohnes bedeutet eine Absage an jegliche Arbeitsmarktflexibilität und damit einen Schritt in die genau falsche Richtung.

Jugendschutz für Start-ups

Die Bundesregierung sollte ihre Ankündigungen aus dem Koalitionsvertrag wahr machen und die Rahmenbedingungen für Gründer drastisch verbessern. Da-

bei sollte eines der wesentlichen Hindernisse für den Erfolg von jungen Firmen in den Mittelpunkt der Bemühungen gestellt werden: Der Abbau von Bürokratie. Über fünf Jahre hinweg könnten Start-ups von jeglichen Statistikpflichten von Bund, Land und Europäischer Union freigestellt werden. Zudem sind langwierige Genehmigungsverfahren in diesen wichtigen ersten Jahren weitgehend zu erlassen. Flächendeckend müssen Ansprechpartner für Gründer und junge Unternehmen in jeder deutschen Kommune nach einem einheitlichen System zur Verfügung stehen. One-Stop-Agency darf keine politische Worthülse bleiben, sondern muss zum Synonym für den Dienstleistungsstaat werden. Wichtiger als Steuergeschenke sind berechenbare Regeln für eine größtmögliche unternehmerische Freiheit. Ein unternehmerisches Jugendschutzgesetz für die ersten fünf Jahre wäre dafür die geeignete Maßnahme und ein positives Signal für Gründungswillige.

Eine innovationsfreudige Öffentliche Hand

Die Öffentliche Hand verausgabt jährlich etwa 47 % des Bruttoinlandsproduktes. Der Staat ist Deutschlands größter Investor, wengleich der Großteil des Geldes für Personalausgaben, soziale Sicherung und für den Zinsdienst ausgeschüttet wird. Bei den Ausstattungsinvestitionen eröffnet sich jedoch ein weites Feld für innovative Unternehmen, etwa im Bereich Sicherheit, Verteidigung, Infrastruktur und Bildung. Die Öffentliche Hand könnte einen neuen Schwerpunkt zur Förderung junger Firmen setzen, indem deren Produkte oder Dienstleistungen im Falle einer gleichen Eignung bevorzugt nachgefragt werden. Eine Initiative dieser Art, die möglicherweise sogar bessere Ergebnisse hervorbringt als der Rückgriff auf etablierte und lobbyerfahrene Großunternehmen, hätte ungleich größere Wirkung auf die Erfolge junger Unternehmen als anonyme staatliche Förderprogramme. Der Investitionsbedarf des Staates stellt eine große Chance für kleine High-Tech-Firmen dar. Für die Nutzung dieser Chance bedarf es jedoch eines Anstoßes aus der Politik.

4 Immobilieninvestitionen durch Reits (Real Estate Investment Trusts)

In Deutschland liegen Eigentum und Nutzung von betrieblich oder öffentlich genutzten Immobilien häufig in einer Hand. Deutsche Unternehmen halten etwa 70 %

der für ihre betrieblichen Zwecke genutzten Immobilien selbst, während es in den USA beispielsweise nur 30 % sind. Es ist jedoch davon auszugehen, dass ein spezialisierter Eigentümer die Potentiale einer Immobilie viel effizienter ausnutzen kann als ein Unternehmen, für welches der Immobilienbesitz nur ein Randgeschäft ist. Das in Immobilien gebundene Kapital sollte ertragreicher für Investitionen verwendet werden können.

Um spezialisierte Investitionen in Immobilien attraktiver zu gestalten und diese dem Börsenmarkt zugänglich zu machen, ist in Deutschland endlich nun auch der Reit (Real Estate Investment Trust) eingeführt worden. Dies ist eine börsennotierte Aktiengesellschaft, die mindestens 75 % ihres Einkommens aus Immobilien erzielt und mindestens 90 % des Gewinns an die Anleger ausschüttet. Die Steuerlast fällt ausschließlich bei den Anlegern an, während der Reit selber steuerbefreit ist.

Der Reit wird dem deutschen Immobilienmarkt, der in Hinblick auf seine volkswirtschaftliche Bedeutung an den Börsen unterrepräsentiert ist, einen Investitionschub ermöglichen. Die potenzielle Marktkapitalisierung wird auf bis zu 50 Mrd. Euro geschätzt. Für die Anleger ist die Kontrolle durch den Kapitalmarkt nutzbringend, welche offenen Immobilienfonds bislang fehlt. Zudem bieten Reits den Vorteil zusätzlicher Risikodiversifizierung sowie der Einsparung von Verwaltungskosten durch professionellere Managementmethoden.

Vorbild für den Reit waren die international bereits seit Jahrzehnten etablierten Modelle dieser Anlageform. Nun werden auch hierzulande Anreize geschaffen, Immobilienbestände verstärkt über die Börse zu kapitalisieren und einer effizienteren Nutzung zuzuführen. Dieser Anreiz wird durch eine zeitlich beschränkte „Exit-Tax“ verstärkt, die den Unternehmen eine vergleichsweise günstige Belastung ihrer Verkaufserträge aus Immobilien beschert. So fällt nur auf den halben Veräußerungsgewinn Körperschaft- und Gewerbesteuer an, wenn die Objekte in einen deutschen Reit übertragen werden. Dies bietet den Unternehmen einerseits die Möglichkeit, sich steuerbegünstigt von ihrem Immobilienbesitz zu trennen, andererseits ist damit zu rechnen, dass der erwartete Zufluss von Kapital die erzielbaren Verkaufspreise zusätzlich erhöht.

Die Attraktivität des deutschen Immobilienmarktes steigt bei ausländischen Investoren durch die Verfügbarkeit einer international gängigen und attraktiven An-

lageform. Dies gilt insbesondere für Investoren, die an langfristigen Beteiligungen und regelmäßigen Ausschüttungen interessiert sind, wie etwa Pensionsfonds oder Versicherungen. Allerdings sollte der deutsche Reit möglichst bald überarbeitet werden, etwa um internationale Doppelbesteuerungen zu verhindern. Derzeit werden Erträge aus den im Ausland gelegenen Immobilien bei Ausschüttung an den Aktionär vom deutschen Finanzamt noch einmal besteuert. Im Vergleich zu offenen Immobilienfonds haben Reits mit dem Verbot von Minderheitsbeteiligungen sogar noch einen weiteren Wettbewerbsnachteil, der nicht gerechtfertigt werden kann.

Der deutsche Gesetzgeber hat zwar mit dem Gesetz zur Zulassung von steuerbegünstigten Reits einen längst überfälligen Schritt getan, leider fehlte jedoch der Mut für eine wirklich konsequente Lösung. Denn inländische Wohnimmobilien sind von der Integration in Reits ausgeschlossen. Lediglich Gewerbeimmobilien oder Wohnungen im Ausland können zu den beschriebenen Konditionen an den Börsen gehandelt werden. Doch gerade auf dem deutschen Wohnimmobilienmarkt könnten Reits Impulse geben, etwa für den Verkauf öffentlicher Mietwohngesellschaften. Mehr Nachfrage bringt höhere Preise – davon profitieren auch die verkaufenden Kommunen. Es erscheint zudem unzweckmäßig, den Erwerb von Mietimmobilien durch Immobilienfonds zu gestatten, nicht jedoch durch eine moderne, transparente und international anerkannte Anlageformen wie den Reit.

Der Erwerb von Wohnimmobilien durch Reits muss erlaubt werden. Hier sind die Reflexe der kommunalen Fürsprecher mit gezielter Überzeugungsarbeit zu überwinden, nicht zuletzt mit dem Hinweis, dass Finanzinvestoren auch zum jetzigen Zeitpunkt schon Wohnungsgesellschaften erwerben und sie z.B. über eine luxemburgische Holding an die Börse bringen können. Ein richtig konzipierter Reit kann als ein effizientes und kostengünstiges Investitionsinstrument auch für Wohnimmobilien zum Segen werden. Von effizientem Management und zeitgemäßen Erneuerungs- und Instandhaltungsarbeiten profitieren letzten Endes auch die Mieter.

5 Steuerliche Rahmenbedingungen: Einfach und transparent

Die unternehmerische Investitionstätigkeit war vor allem in den letzten beiden Jahrzehnten starken Einflüssen ausgesetzt. Zu ihnen zählen in erster Linie der technologische Wandel sowie die Globalisierung. Investitionen, verstanden als die Anpassung an den optimalen Kapitalstock, werden auch in den vor uns liegenden Jahren von den Renditeanforderungen aus Technologieentwicklung und internationalem Wettbewerb weiter angetrieben. Es stellt sich die Frage, ob Deutschland der Ort dieser Investitionen sein wird.

Die Bildung von Sachkapital kann hierzulande nur gesteigert werden, wenn die Angebotsbedingungen auch im internationalen Vergleich stimmig sind. Gleichzeitig müssen sie von potentiellen Geldgebern als dauerhaft eingeschätzt werden, um das notwendige Vertrauen zu bilden. Investierenden Unternehmen und Privatpersonen müssen daher attraktive und verlässliche Konditionen in der steuerlichen Behandlung des eingesetzten Kapitals geboten werden, etwa bei den Abschreibungsmodalitäten. Allen Investitionen, Ersatzbeschaffungen wie, z. B. Erweiterungen oder Neuanlagen, geht zunächst eine Entscheidung zugunsten des Standortes voraus. Diese Entscheidung wird von nachrechenbaren Faktoren wie der Steuerbelastung besonders beeinflusst.

Das deutsche Steuersystem gilt als eines der kompliziertesten der Welt. Es zeichnet sich durch einen international kaum vergleichbaren Dualismus von Personen- und Kapitalgesellschaften sowie von Bundessteuern und kommunaler Gewerbesteuer aus. Die Berechnung der Gewerbesteuer muss mittlerweile als annähernd bizarr bezeichnet werden. Die Belastung der Unternehmen wird, zumindest auf dem Papier, mit der Unternehmensteuerreform 2008 sinken. Allerdings sind die Finanzierungsmaßnahmen für die Tarifabsenkung in manchen Teilen investitionsfeindlich. Das Steuersystem bewahrt darüber hinaus seinen abschreckend komplizierten Charakter.

Bessere Abschreibungsbedingungen

Die Abschreibungsmöglichkeiten gehören zu den besonders sensiblen Kriterien bei Investitionsentscheidungen. Vom 1. Januar 2008 an werden sich die Bedingungen allerdings signifikant verschlechtern, wenn

die bisher degressive Abschreibung in eine lineare umgewandelt wird. Unternehmen werden dann jährlich stets nur den identischen Anteil ihrer Investitionskosten steuerlich absetzen können. Bis zur Reform ist es möglich, zunächst einen höheren und später einen niedrigeren Anteil geltend zu machen. Mit der Änderung wird der Anreiz, in neue Maschinen und Anlagen zu investieren, stark sinken. Dies hat die Bundesregierung haushaltspolitisch begründet, man kann es auch ordnungspolitisch rechtfertigen. Es darf allerdings nicht das Ziel, die Investitionsbedingungen insgesamt zu verbessern, aus den Augen verloren werden.

Erhalt von Verlustvorträgen

Steuerliche Einschnitte sind beim Kauf von Unternehmen mit Verlustvorträgen geplant. Mit der sogenannten „Mantelkaufregelung“ soll verhindert werden, dass Firmen mit hohen Verlustvorträgen zu Steuersparzwecken gekauft werden. Um einem Handel mit „Unternehmenshüllen“ entgegenzutreten, sollen in Zukunft die Verlustvorträge ab einem Eigentümerwechsel von mehr als 25 % sukzessive abgeschmolzen werden, bei 50 % dann vollständig wegfallen. Es wird dabei allerdings übersehen, dass die Verluste eines Unternehmens tatsächlich einmal angefallen sind. Mit dem Verbot des Handels von Verlustvorträgen wird die Sanierung und Umstrukturierung von Unternehmen stark behindert. Investitionen in verlustbelastete Firmen werden unattraktiv. Daher ist der willkürliche Eingriff in das Prinzip der Nettobesteuerung zu hinterfragen.

Gleichbehandlung von Personen- und Kapitalgesellschaften

Die angestrebte Reduzierung der Steuersätze auf ein international wettbewerbsfähiges Niveau ist zu begrüßen. Die Belastung für alle Unternehmen soll ab dem Jahr 2008 bei knapp unter 30 % liegen. Ziel der Reform war eine rechtsformneutrale Gleichbehandlung von Personen- und Kapitalgesellschaften. Dieses Ziel wurde nicht zuletzt durch die Kompliziertheit der Berechnungsverfahren verfehlt. Personengesellschaften, die von der begünstigten Besteuerung nicht ausgeschütteter Gewinne profitieren möchten, werden auf Gesellschafterebene, d.h. nach Entnahme dieser Beträge, einer Gesamtbelastung von deutlich über 30 % pro Jahr gegenüber stehen. Der Grund ist die Nachbelastung der Gewinne mit der persönlichen Einkommensteuer des Gesellschafters im Zuge einer Entnahme, mit der die Steuerschuld des Unternehmens beglichen werden soll. Die effektive Belastung der Perso-

nengesellschaft wird von derjenigen der Kapitalgesellschaften (29,83 %) weit entfernt liegen. Für ein gesundes Investitionsklima sind steuerliche Eindeutigkeit und attraktive Sätze erforderlich. In Bezug auf die deutschen Personengesellschaften, die immerhin ca. 85 % aller Betriebe ausmachen, kann es daher bei dieser Reform nicht bleiben.

Beachtung des Nettoprinzips in der Zinsschranken-Regelung

Das steuerliche Nettoprinzip besagt, dass Aufwendungen, die zur Erzielung von Einkommen notwendig sind, steuerlich abzugsfähig sein müssen. Investitionen zahlen sich nur in seltenen Fällen sofort aus. Die zusätzliche Belastung durch den Zinsdienst bei einer fremdfinanzierten Investition sollte daher von der Steuer absetzbar sein. Mit der sogenannten „Modifizierten Zinsschranke“ wird sich die Systematik in Deutschland allerdings von diesem Prinzip entfernen, denn Zinskosten können den zu versteuernden Gewinn in Zukunft nur noch um maximal 30 % mindern. Zwar ist die restliche Zinsbelastung in die folgenden Jahre vortragbar, und es gibt eine Reihe von Ausnahmetatbeständen. Jedoch werden große fremdfinanzierte Anlagen trotz allem für die meisten Investoren deutlich teurer werden. Neben der Zusatzbelastung wird vor allem der leichtfertige Umgang mit ökonomisch einleuchtenden Besteuerungsprinzipien negativ auf Investoren wirken. Eine weitere Verschärfung des Abzugsverbots von Finanzierungskosten durch zukünftige Regierungen bedarf nur noch eines Federstrichs. Im Hinblick auf die schwindende Investorenfreundlichkeit des deutschen Standortes ist diese Regelung zu überarbeiten.

Weiterentwicklung der Gewerbesteuer

Die Gewerbesteuer ist international kaum vergleichbar und daher für Investoren aus dem Ausland nur mit Mühe nachzuvollziehen. Ihre Berechnung ist äußerst kompliziert und zumindest für Personenunternehmen in Bezug auf die Anrechenbarkeit auf die Einkommensteuer auch hinreichend paradox. Ein zielführender Schritt in Richtung Investitionsattraktivität wäre eine grundlegende Überholung dieser Steuer. Die Gewerbesteuer muss durch eine einfache Kommunalsteuer für Unternehmen ersetzt werden. Leider weisen die Reformmaßnahmen der Bundesregierung in die entgegengesetzte Richtung. Das relative Gewicht der Gewerbesteuer im Vergleich zur international bestens nachvollziehbaren Körperschaftsteuer wird durch die Körperschaftsteuersenkung erhöht. Gleichzeitig wirkt

die Gewerbesteuer in Zukunft noch abschreckender als sie es bisher schon war, indem Zinszahlungen, d.h. auch Zinsanteile in Mieten, Pachten, Leasingraten und Lizenzen, dem zu versteuernden Gewinn hinzuaddiert werden. Die Zinsanteile werden dabei vom Finanzamt pauschal mit 20 % bei beweglichen Wirtschaftsgütern und 75 % bei Betriebsgebäuden angesetzt. Die Unternehmensbesteuerung in Deutschland wird noch komplizierter und verursacht noch mehr Bürokratie. Ein Anlauf zur Vereinfachung der Gewerbesteuer, etwa durch eine kommunale Unternehmensteuer auf einheitlicher Bemessungsgrundlage, würde den Standort Deutschland für Investoren deutlich attraktiver machen.

eines Landes von entscheidender Bedeutung. Sie machen es einerseits erst möglich, Innovationen bis zur Marktreife zu entwickeln, andererseits tun sie sich bedeutend leichter, neue Techniken anzuwenden und nachzufragen. Der hohe Lebensstandard in Deutschland ist in den vergangenen Jahrzehnten vor allem aufgrund der Entwicklung und Produktion von innovativen Gütern ermöglicht worden. Als rohstoffarmes Land droht Deutschland mit schlecht ausgebildeten Menschen der Verlust von Wohlstand.

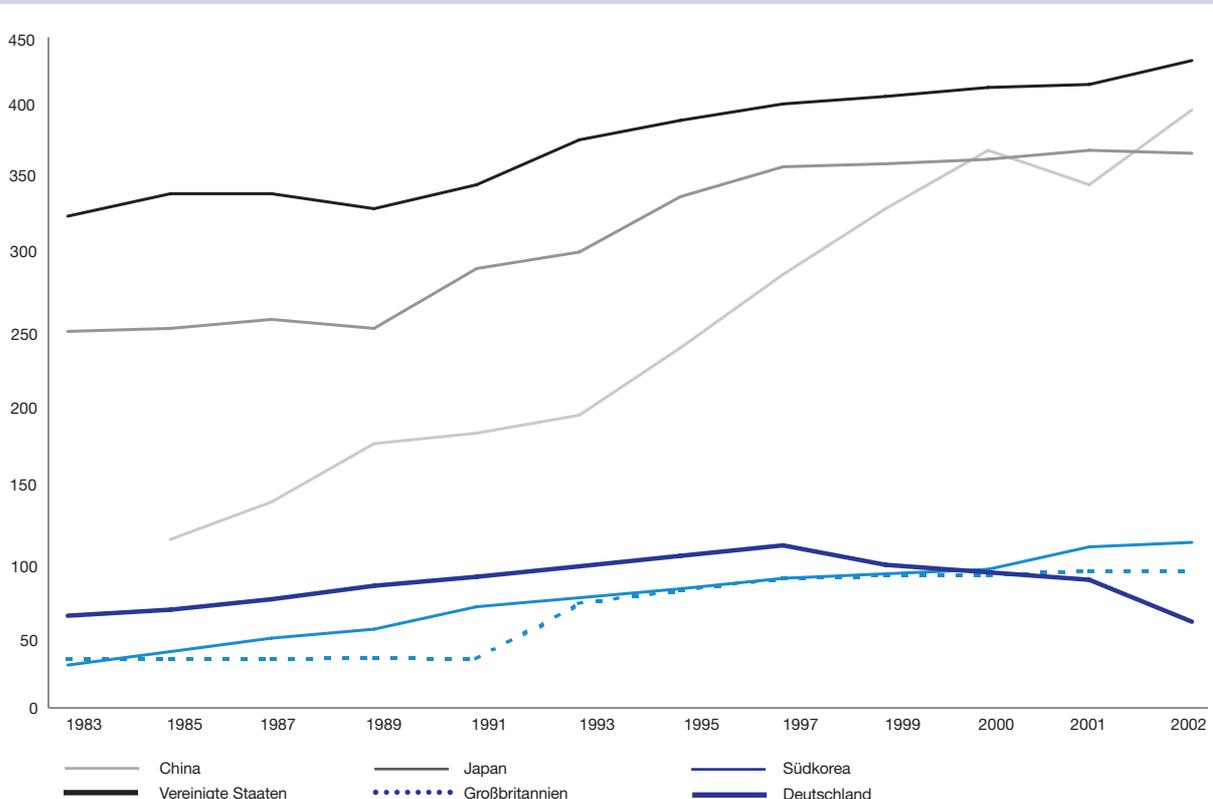
Deutschland hat derzeit massive Bildungsprobleme. Ein Heer von Niedrigqualifizierten konkurriert in einem weltweiten Wettkampf um Arbeitsplätze mit billigen und fleißigen Arbeitern, z.B. in China und Indien. Das Angebot niedrig qualifizierter Arbeit auf dem Weltmarkt steigt, so dass der Preis für Arbeit sinkt – bei gleichzeitig erhöhter Mobilität von Produktionseinrichtungen und Dienstleistungen.

In Deutschland verfügt heute ein Viertel der Fünfzehnjährigen nicht über die Fähigkeiten, einen Beruf zu erlernen. Neun Prozent eines Jahrgangs bleibt ohne Ab-

6 Bildung, Qualifizierung, Arbeitseinsatz

Qualifizierte Beschäftigte sind für die technologische Wettbewerbsfähigkeit und das Wirtschaftswachstum

Abbildung 5 Hochschulabschluss in Naturwissenschaften und Ingenieurwesen (in tausend Absolventen)



Wert für USA 1999: Mittelwert

Quelle: National Science Foundation 2006

schluss. Dieser Befund aus der PISA-Studie impliziert bereits die Zukunft dieser Schüler als qualifikations- und erwerbslose Erwachsene. Unerfreulich sieht es auch bei den höher Qualifizierten aus: Die Hochschulabsolventenquote stagniert, während die Zahl der Abschlüsse in Natur- und Ingenieurwissenschaften sogar zurückgeht. Aus Unternehmenssicht sind Investitionen in innovative Techniken daher besser im Ausland zu tätigen, denn dort ist ein starkes Anziehen dieser Abschlüsse und ein dementsprechendes Arbeitsangebot zu verzeichnen.

Der Wachstumstreiber Humankapital könnte in Deutschland deutlich mehr Wirkung entfalten, wenn ein qualifizierteres Arbeitskräfteangebot mehr Investitionen aus dem In- und Ausland anlockt und umsetzt. Doch dazu müssen nicht nur die Weichen für zukünftige Generationen neu gestellt, sondern auch bestehende Arbeitskräftepotentiale besser ausgeschöpft werden.

Mehr Arbeitseinsatz

Die Wochenarbeitszeit ist mit maximal 40 Stunden zu gering. Ein hohes Maß an Urlaubs- und Feiertagen reduziert die jährlich geleisteten Arbeitsstunden zusätzlich. Im Vergleich zum Ausland sind die Deutschen nicht die Fleißigsten. So hatten die Arbeiter des westdeutschen verarbeitenden Gewerbes im Jahr 2004 mit 1.601 Stunden die kürzeste tarifliche Jahresarbeitszeit aller Industrieländer. In den USA wurden hingegen 1.920 Stunden geleistet.

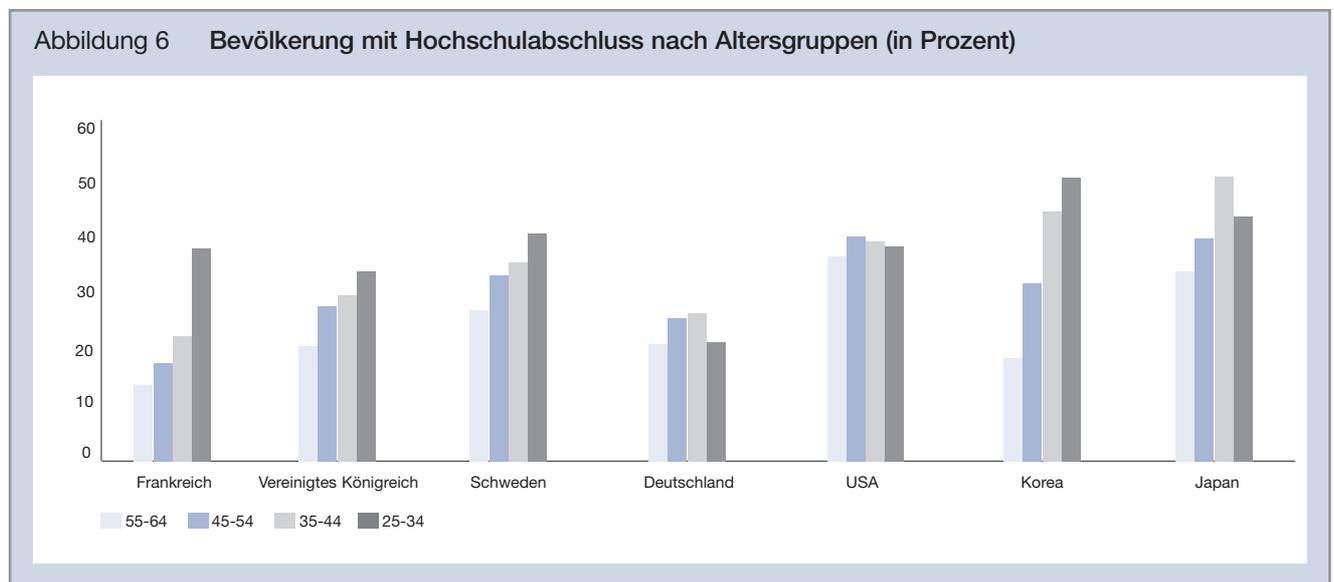
Hinzu kommt ein frühes Renteneintrittsalter, dass derzeit bei konstant 61 Jahren im Durchschnitt liegt. Die Rente mit 67 wurde im politischen Prozess von zahlreichen Ausnahmeregelungen durchsiebt, so dass eine Besserung nur sehr langfristig eintreten wird. Ein höherer Arbeitseinsatz durch verlängerte Wochen- und Jahresarbeitszeiten sowie durch längere Lebensarbeitszeit ist im Rahmen einer schnelleren Ausbildungszeit und eines späteren Renteneintritts dringend geboten.

Qualifizierung und Fortbildung fördern

Die Anpassung des Arbeitskräfteangebotes und des gesamten Standortes an den weltweiten Strukturwandel wird durch Bildung und Qualifikation erleichtert. Bildung führt zu weiterer Bildung. Dieser Zusammenhang muss stärkeren Niederschlag in der Arbeitsmarktpolitik finden.

Ein erster Schritt wurde mit den Hartz-Reformen gemacht, die den Anreiz zur individuellen Qualifikation erhöht haben. So ist an Abendgymnasien ein regelrechter Nachfrageboom zu verzeichnen. Neben umfassenden Qualifizierungsangeboten ist daher durch eine Beschränkung der staatlichen Sozialmittel auf die wirklich Bedürftigen ein Klima der Selbstverantwortung und Selbstmotivation zu schaffen.

Zu persönlichen Qualifizierungsanstrengungen sollte nicht nur eine höhere Arbeitsplatzsicherheit, sondern auch die bessere Entlohnung qualifizierter Arbeitskräfte anspornen.



Quelle: OECD, Education at a Glance. 2005

Abschlussquoten anheben, Bildungsdienstleistungsmärkte etablieren

Deutschland muss als Land der Innovationen und Investitionen den Weg zur hochqualifizierten Wissensgesellschaft weitergehen. Dafür ist eine Steigerung der Hochschulabsolventenquote von heute 22 auf 40 % anzustreben. Dies kann nur gelingen, wenn schon früh die Basis für Bildungsfähigkeit gelegt wird. Frühkindliches Lernen sollte auf spielerische Weise im Kindergarten beginnen. Ein ausreichendes Angebot von kostengünstigen und gut betreuten Krippenplätzen kann schon in den ersten Lebensjahren zu einer Heranführung an erste Bildungserfahrungen beitragen. Im Schulwesen können zentrale Leistungs- und Erfolgskontrollen, bessere Ausstattungen, ein günstigeres Lehrer-Schüler-Verhältnis und eine attraktivere, anreizorientierte Entlohnung für angestellte Lehrkräfte zu besserer Bildung führen. Das Schulsystem muss den individuellen Wechsel der Schulformen leichter ermöglichen und Anreize bieten, einen höheren Abschluss anzustreben. Die Hochschulreife wird nur von ca. 31 % der Schulabgänger eines Jahrgangs erreicht – eine deutlich höhere Zahl, insbesondere im Vergleich zur Leistung der Schulen im Ausland, ist anzustreben.

Die Universitäten brauchen mehr Autonomie zur lokalen Leistungserstellung. Die Auswahl von Studierenden und Lehrenden sollte vollständig in der Hand der Hochschulen liegen, so dass moderne Mechanismen, wie z.B. der „tenure track“ nach amerikanischem Vorbild zur probeweisen Berufung bewährter Wissenschaftler aus eigenem Hause, möglich sind. Die erste Stufe der Föderalismusreform hat einen Kompetenzgewinn in der Hochschulpolitik für die Landesregierungen erbracht. Jetzt kommt es darauf an, diese Kompetenzen zu nutzen, um Bildungseinrichtungen größtmögliche Handlungsfreiheit zuzubilligen.

Ein Wettbewerb um Ausbildungsqualität unter den Hochschulen wird für die gesamte Gesellschaft von Nutzen sein. Er kann allerdings nur dann seine ganze fruchtbare Wirkung entfalten, wenn nachvollziehbare Preise auf dem Markt für Ausbildung zustande kommen. Ziel des Gesetzgebers muss daher die Etablierung von transparenten Bildungsdienstleistungsmärkten sein. Die Preise in Form von Studiengebühren funktionieren dann als Allokationsinstrument und schaffen Anreize, bestmögliche und zügige Ausbildungen sowohl anzubieten als auch nachzufragen. Studiengebühren werden sich daher nach den Ausbildungskosten, der Qualität und der Nachfrage staffeln. Aus Sicht der Studierenden sind diese Gebühren als

Investitionen zu verstehen. Sie müssen allerdings mit Angeboten für Bildungskredite einhergehen.

Es liegt in der Eigenverantwortung des Einzelnen, eine gute Ausbildung anzustreben. Die Situation in den USA zeigt, dass die Menschen auf diesem Weg zu guter Hochschulbildung und hohem Einkommen gelangen. Den deutschen Regierungen auf Bundes- und Landesebene ist daher dringend zu raten, die Bildungseinrichtungen hierzulande weitgehend in den Wettbewerb zu entlassen. Höhere Investitionen, steigende Erwerbstätigkeit und größerer Wohlstand stehen am Ende dieses Reformpfades.

7 Fazit: Deutschland – ein Leistungssportler im Standortwettbewerb

Der globale Wettbewerb um Investitionen findet rund um die Uhr statt. In der weltweit drittgrößten Volkswirtschaft, die jährlich über 2,2 Billionen Euro erwirtschaftet, fallen täglich Entscheidungen für oder wider den deutschen Standort. Hinzu kommt eine umfangreiche Investitionstätigkeit aus dem Ausland, allerdings mit mittlerweile zurückgehender Tendenz. Es wird deutlich, dass die Attraktivität des Auslands in den letzten Jahren mehr und mehr zugenommen hat.

Dennoch hat Deutschland sehr gute Voraussetzungen, sich an die Spitze der weltweit attraktivsten Investitionsstandorte zu bewegen. Dazu müssen jedoch die Standortbedingungen einem dauerhaften Reformprozess unterworfen und stetig verbessert werden. Der Gesetzgeber ist in der Pflicht, das Land als einen Leistungssportler im Wettbewerb zu verstehen, der ein ununterbrochen hartes Training zu absolvieren hat. Es sind Höchstleistungen in den Disziplinen erstklassige Bildung, moderne Rechtsinstitute, funktionierende Märkte sowie einfache und faire Besteuerung zu erbringen.

Investitionen sind der Kernindikator für die Entwicklung der Wirtschaft. Die Nettoinvestitionen, welche die Abschreibungsaufwendungen unbeachtet lassen, zeigen, dass Deutschland derzeit keinen strukturellen, sondern nur einen zyklischen Aufschwung erlebt. Für strukturelles Wachstum, das dauerhaft und selbsttragend ist, reichen die aktuellen Investitionen voraussichtlich nicht aus. Die aktuelle Nettoinvestitionsquote liegt nicht weit über der jährlichen Geldentwertung. Sie

steht für das mangelnde Ausschöpfen des Wachstumspotenzials und für die Risiken des Aufschwungs. Die Bundesregierung muss daher gerade jetzt Reformen beherzt angehen, um die Investitionsattraktivität des Landes im Hinblick auf zukünftiges Wachstum und Arbeitsplätze zu steigern. Wenn Walter Rathenau festgestellt hat, „die Wirtschaft ist unser Schicksal“, lautet die Erweiterung: „Investitionen sind das Schicksal der Wirtschaft“. Deutschland hat davon zu wenig.

In der vorliegenden Studie wurde exemplarisch gezeigt, an welcher Stelle die Bundesregierung die Bedingungen für unternehmerische Investitionen verbessern kann. An erster Stelle wurden die Grundlagen für innovationsorientierte Start-ups genannt, deren Situation trotz gutgemeinter Absichtserklärungen im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD vergleichsweise schwierig ist. So ist es im angelsächsischen Wirtschaftsraum deutlich einfacher, Wagniskapital und unternehmerisches Know-How zu akquirieren.

Um ein besseres Klima zu schaffen, sollte eine Art „unternehmerischer Jugendschutz“ Firmen in den ersten fünf Jahren vor allen Regularien und Statistikpflichten bewahren und Arbeitsvertragsbefristungen zulassen. Darüber hinaus ist dringend die Situation von Venture-Capital-Gesellschaften und Business Angels zu verbessern. Die Nutzungsmöglichkeit von Verlustvorträgen innerhalb einer Unternehmensholding und die weitgehende Steuerfreiheit von Veräußerungsgewinnen für Kapitalgesellschaften sollte daher auch jenseits kommender Unternehmensteuerreformen erhalten bleiben. Deutschland braucht eine deutlich positivere Atmosphäre für neues unternehmerisches Engagement.

Aktivität zeigt die Bundesregierung bei neuen Instrumenten für Immobilienanleger. Der auf den Weg gebrachte Real Estate Investment Trust (Reit), der Immobilien unter besonderen Besteuerungskonditionen den Weg zum Kapitalmarkt ebnen soll, könnte jedoch deutlich investitionsfreundlicher ausgestaltet werden. Wohnimmobilien müssen mit diesem Instrument genauso behandelt werden wie Gewerbeimmobilien.

Die Investitionsattraktivität muss auch in den Bereichen Besteuerung sowie Bildung zum wichtigsten Kriterium werden. Das Steuersystem ist dringend zu vereinfachen. Reformen sind vor allem im Hinblick auf eine transparente Gleichbehandlung von Kapital- und Personengesellschaften zu überarbeiten. Die nicht systemkonforme, substanzbesteuernde und gerade für ausländische Investoren kaum verständliche Ge-

werbsteuer muss konsequent zu einer einfachen kommunalen Ertragsteuer weiterentwickelt werden.

Der deutsche Bildungssektor stellt sich im internationalen Vergleich zunehmend schwach dar. Die Absolventenquoten an den Hochschulen stagnieren oder gehen zurück, Schülerfähigkeiten genügen den gestiegenen Anforderungen nicht mehr. Ein umfassender Maßnahmenkanon für bessere Bildung und höhere individuelle Qualifizierung muss die enorme Bedeutung dieser primären Grundlage wirtschaftlicher Prosperität zukünftig stärker widerspiegeln.

In Zeiten sprudelnder Steuereinnahmen stellen sich Politiker einmal mehr die Frage, an welcher Stelle sich das Land steigern kann. Als gewählte Volksvertreter sehen sie sich zu Recht in der Verantwortung, die Nöte und Bedürfnisse der Gesellschaft, die Verpflichtung vor Umwelt und Natur sowie die verlässliche Rolle des Landes in der Weltgemeinschaft im Blick zu behalten. Steigende Steuereinnahmen dürfen allerdings nicht automatisch als Auftrag für steigende Sozialleistungen missverstanden werden. Vielmehr stellt ein Höchstmaß an wirtschaftlicher Freiheit in Kombination mit einfachen, transparenten und zukunftsorientierten Rahmenbedingungen die beste Basis für ein gelingendes soziales Miteinander dar. Nicht der Staat, sondern die zahllosen Unternehmen im Land schaffen Arbeit und Wohlstand. Das Ausdauertraining für investitionsfreundliche Rahmenbedingungen gehört daher zu den bedeutendsten Aufgaben der Politik. Handlungsbedarf gibt es reichlich.

Executive Summary

Die Lage der deutschen Wirtschaft scheint besser als sie tatsächlich ist. Der Umfang der Investitionen bleibt hinter den Werten früherer Aufschwungphasen zurück. Abzüglich Abschreibungen sind nur 3,3 % Nettoinvestitionen in Relation zum BIP (2006) zu verzeichnen. In den 1990er Jahren betrug dieser Indikator noch durchschnittlich 7 %. Deutschland erlebt derzeit nur einen zyklischen Aufschwung in Abhängigkeit der Weltkonjunktur; er könnte leicht wieder erlahmen.

Die relative Position im Vergleich zum Ausland hat sich nicht verbessert. Ausländische Direktinvestitionen in Deutschland sind im direkten Vergleich zu den Aufschwungjahren 1999 oder 2002 schwach. Deutsche Unternehmen investieren hingegen verstärkt im Ausland. Für den Gesetzgeber muss nun im Vordergrund stehen, ein strukturelles und dauerhaftes Wachstum zu ermöglichen. Dazu sind investitionsfreundlichere Rahmenbedingungen notwendig.

1. Innovative Start-ups und Kleinunternehmen fokussieren

Die Bedingungen für Wagniskapital im Bereich Steuern sind verbesserungswürdig. Unternehmensgründungen können mit einer befristeten Befreiung von Regularien und Statistikpflichten und der Ausdehnung der Möglichkeit von Arbeitsvertragsbefristungen unterstützt werden. Öffentliche Aufträge sollten bei gleicher Eignung bevorzugt an junge Firmen vergeben werden.

2. Reit (Real Estate Investment Trust) – Gesetz verbessern

Für einen Erfolg des Reits und für die Belegung von Immobilieninvestitionen sind Wohnimmobilien einzubeziehen. Die Doppelbesteuerung des Reit-Investors bei Auslandsanteilen, die dort nicht steuerfrei gestellt sind, muss ausgeschlossen werden.

3. Unternehmensteuerrecht investitionsorientiert vereinfachen

Die Abziehbarkeit von Zinsaufwand ist für Investitionen entscheidend. Die geplante Abziehbarkeitsbeschränkung („Zinsschranke“) muss auf internationale Sachverhalte zur Missbrauchsbekämpfung begrenzt bleiben. Verlustvorträge bei Eigentümerwechsel und die weitgehende Steuerfreiheit bei Veräußerungsgewinnen von Kapitalgesellschaften sollten erhalten bleiben. Die komplizierte Thesaurierungsbegünstigung von Personenunternehmen führt zu ungleich höherer Besteuerung als bei Kapitalgesellschaften. Ein neuer Reformanlauf ist notwendig.

4. Arbeit und Bildung

Die Deutschen haben rekordverdächtig viel Freizeit und bringen vergleichsweise wenig Absolventen von Gymnasien und Hochschulen hervor. Gegenzusteuern ist u.a. durch eine Anhebung der Wochenarbeitszeit, durch ein attraktiveres Schulsystem sowie durch die Etablierung von Bildungsdienstleistungsmärkten für Qualifizierung und Hochschulbildung.

Entscheider in Staat und Politik sollten in der Schaffung und Bewahrung eines günstigen Investitionsklimas ihren ersten Auftrag erkennen. Als Grundprinzip gilt, den Marktakteuren die größtmögliche Freiheit zu belassen und beste Rahmenbedingungen zu bieten. Es ist ein Weg, der zu mehr Wachstum, Wohlstand und sozialem Frieden führt. Er sollte sozialstaatlichen Fürsorgeleistungen stets vorgezogen werden.